Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpf., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz. nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 297 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 22. Dezember 1931

Das bockbeinige Frankreich.

Als vor zwei Jahren die in Paris unter dem Vorsitz des Amerikaners Young versammelten Sachverständigen das Ergebnis ihrer Arbeit zusammenfaßten, haben sie ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für ihr Urteil und für die Stellungnahme des einzelnen nicht etwa nur wirtschaftliche und finanzielle Erwägungen maßgebend waren, sondern daß man bei der Aufstellung des Young-Plans auch die „politischen" Bedingungen und Schranken zu berücksichtigen genötigt war. Ähnliches scheint jetzt auch in Basel bei der Arbeit des Ausschusses wirksam zu sein oder wirksam zu werden, der ein formal beschränktes Urteil über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands „im Rahmen des Young-Plans" fällen soll. Theoretisch und den Buchstaben dieses „Neuen Plans" gemäß würde der Bericht, den dieser Ausschuß verfassen soll, für die Regierungen der Gläubigerstaaten Deutschlands nur sozusagen das Informationsmaterial darstellen, das zu zwingenden Entschlüssen auf der beabsichtigten Reparationskonferenz nicht zu führen braucht. Aber lauter als dieser Buchstabe, als diese Theorie spricht die Wirklichkeit. Und wenn man in Basel den Mut dazu haben würde, sich zum Sprachrohr dieser Wirklichkeit zu machen, also nicht bloß formell zu prüfen, ob Deutschlands Währung und Wirtschaft den Transfer des ungeschützten Teils der Young-Plan-Verpflichtungen erträgt oder nicht, — dann würde eben diese Wirklichkeit ein so lautes Wort sprechen, daß es die „Politik" sofort übertönen würde.

„Wir werden den Young-Plan nicht zerreißen lassen, hat der französische Ministerpräsident Laval gerade jetzt wieder erklärt, da in Basel seit Tagen so etwas wie ein Kampf um den Inhalt des Ausschußberichtes tobt. Man hat dort die Türen fest verschlossen gegen jeden Zuhörer. Denn was in den Beratungszimmern des Ausschusses wirkt und spricht, ist nicht mehr die Wirtschaft, sondern die Politik. Denn darüber ist man sich zwar nicht formell, aber doch tatsächlich einig, daß Deutschland einfach nicht in der Lage ist, die im Young-Plan festgelegten Tributzahlungen zu leisten. Aber der Buchstabe soll gerettet werden.

Die Stellungnahme der deutschen Delegation in Basel ist ja ganz unzweideutig: sie erklärt es für ganz unmöglich, daß Deutschland überhaupt Tributzahlungen leisten kann. Auch unsere Gläubiger — Frankreich einbegriffen — sehen ein, daß jetzt und in absehbarer Zeit von Deutschland irgendwelche Tributzahlungen gar nicht erwartet werden können. Man sträubt sich auch in Paris gar nicht mehr gegen die Erkenntnis, daß zum mindesten für die Zeit der Weltwirtschaftskrise eine „Stillhaltung" der Gläubigerstaaten Deutschlands auch für die „politischen Schulden" erfolgen muß. Aber in Basel sucht und will Frankreich, genau so wie gegenüber dem Hoover-Feierjahr, das Prinzip des Young-Planes nicht etwa nur retten, sondern durch neue weltpolitische Vereinbarungen untermauern. Es wäre eine radikale Zerstörung dieser Grundlage, wenn der Baseler Ausschuß es vor aller Welt und für alle Welt aussprechen würde, daß eine der Hauptgründe für die Weltwirtschaftskrise die Reparationsverpflichtung Deutschlands ist, die Tatsache also, daß Deutschland der Schuldner nicht bloß seiner Gläubiger, sondern über diese hinweg zu Zahlungen an den einzigen „Kriegsgewinnler", Amerika nämlich, sein und bleiben soll.

In Basel kommt es daher jetzt eigentlich nur noch darauf an, daß man zum mindesten die gegenwärtige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands feststellt und dadurch „moralisch" die Regierungen der Gläubigerstaaten nötigt, aus dieser Feststellung dann auch die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Daß es dabei nicht mehr darauf ankommt, um welchen Teil der formellen deutschen Schuldverpflichtung — „geschützter" oder „ungeschützter" Teil der „politischen" bzw. die privaten Schulden — es sich handelt, ist in dem Augenblick selbstverständliche Erkenntnis, wenn die allgemeine deutsche Zahlungsunfähigkeit festgestellt und vom Baseler Ausschuß unterzeichnet wird. Aber um diesen heißen Brei wird man dort wohl herumgehen. Von Paris aus will und wird man wenigstens das Prinzip des Young-Planes retten, jetzt und später, wenn von der Reparationskonferenz eine Entscheidung gefällt wird. Dieses „Prinzip" aber ist schon längst kein wirtschaftlich-finanzielles mehr, sondern ein rein politisches. Und darum ist eben die Rückwirkung dieser „Politik" auf die Wirtschaft und die Finanzen in aller Welt so furchtbar und vernichtend!

8 Monate Abrüstungskonferenz?

Washington, 21. Dezember. Staatssekretär Stimson teilte dem Präsidenten Hoover mit, daß die im Februar in Genf beginnende Abrüstungskonferenz möglicherweise acht Monate dauere. Die Kosten, die sich für die Vereinigten Staaten aus dieser Konferenz ergeben, würden monatlich 55 000 Dollar betragen.

Die Einigungsformel in Basel gefunden

Keine Lösung.

Kapitulation vor den französischen Forderungen.

Die Verhandlungen des Tributausschusses in Basel werden um so schwieriger, je mehr sie sich ihrem Ende nähern. Eine Kompromißformel, die jetzt endlich zustande gekommen ist, soll nach einer französischen halbamtlichen Meldung „die Bedenken derjenigen zu zerstreuen geeignet sein, die irgendeine Verbindung zwischen den Reparationen und den Interessen der Privatgläubiger des Reiches befürchten". Wenn Frankreich dem Gutachten des Baseler Ausschusses bereits vor dem Bekanntwerden seines Wortlautes eine solche Auslegung gibt, so sieht es nicht danach aus, als ob in Basel eine grundsätzliche Lösung gefunden werden wird und daß alles der Regierungskonferenz überlassen bleibt.

Über Einzelheiten, die bisher schon feststehen sollen, erfährt man noch folgendes: Der Sonderausschuß hat sich, wie verlautet, dahin geeinigt, daß Deutschland nicht in der Lage sei, die 1,3 Milliarden Mark der aufschiebbaren Reparationen in seinen Haushalt einzuschließen und daß es ein viel längeres Moratorium erhalten müsse. Der Bericht werde sich eng an den Layton-Bericht anschließen, aber stärker betonen, daß

Deutschland nicht bezahlen könne.

Ferner werden über den wahrscheinlichen Inhalt des Berichts folgende Angaben gemacht: Auf Grund des Zahlenmaterials werde nachgewiesen, daß Deutschland die geschützten Zahlungen nicht leisten könne. Alles scheine darauf hinzudeuten, daß dasselbe auch für die ungeschützten Zahlungen gelte. Die Zurückführung deutschen Kapitals im Auslande als Mittel zur Begleichung sofortiger Verpflichtungen erscheine nicht angängig. Die Sachverständigen glaubten anscheinend, daß die Deutsche Reichsbahn in normalen Zeiten 1,32 Milliarden Mark aufbringen könne. Der Bericht werde ferner einen Hinweis auf die Bedingungen enthalten, unter denen der deutsche Kredit wiederhergestellt werden könne, was eine

Voraussetzung für das Stillhalteabkommen

sei. Allem Anschein nach werde der Ausschuß in dieser Hinsicht keine bindenden Erklärungen machen. Obgleich man zeitweilig im Ausschuß für eine vollständige Streichung der Tribute und Kriegsschulden gewesen sei, habe man mit Bedauern einsehen müssen, daß

die amerikanischen und französischen Forderungen

mit dem Wunsche nach Wiederherstellung des Vertrauens unvereinbar seien.

Wahrscheinlich werde der Ausschuß nicht zu dem Schluß kommen, daß die Tribute die Hauptursache der Weltkrise seien, aber er habe bereits deutlich darauf hingewiesen, daß sie als hauptsächlicher Faktor für ein weiteres Anhalten der Krise angesehen werden müßten.

*

Frankreich besteht auf den Young-Plan.

Frankreichs starre Haltung in der Tributfrage.

Ministerpräsident Laval hat die Gelegenheit eines Festes benutzt, um die starre außenpolitische Haltung Frankreichs im Sinne seiner letzten großen Kammerrede noch einmal zu bekräftigen. Er erklärte u. a., daß er gelegentlich seiner Besuchsreise nach England, Deutschland und den Vereinigten Staaten die Möglichkeit gehabt habe, die französische Auffassung ganz offen darzulegen. In diesen schwierigen Zeiten könne sich kein Land abschließen und ganz auf sich selbst stellen. In dem Augenblick aber, in dem die Staaten die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit voll erkannt hätten, seien sie gezwungen, eine Politik des nationalen Protektionismus durchzuführen. Heute genüge es nicht mehr, die Zollsätze zu erhöhen, sondern Frankreich sei genötigt, den Weg des Kontingentierungssystems einzuschlagen, um den inneren Markt zu schützen. Andererseits müsse man sehr vorsichtig vorgehen, um die Ausfuhr keinem zu starken Rückgang auszusetzen.

In der Schulden- und Tributfrage

sei die Aufgabe der französischen Regierung ebenso bedeutsam wie schwierig. Demnächst würden internationale Konferenzen stattfinden. In Washington sei die europäische Lage und ganz besonders die deutsche Krise eingehend besprochen worden. Man sei zu der Überzeugung gelangt, daß Deutschland die Einberufung des Young-Ausschusses beantragen müsse. Die Sachverständigen hätten sich darauf in Basel versammelt. Sie würden demnächst ihren Bericht abgeben. Die natürliche Folge sei eine

Konferenz der Regierungen,

die bald stattfinden solle.

Im Hinblick auf diese Konferenz müsse man feststellen, daß eine Neuregelung nur für die Dauer der deutschen Wirtschaftskrise, d. h. also zeitlich begrenzt, getroffen werden könne. Ferner werde Frankreich die Frage der ungeschützten Zahlungen ebenso wie im vergangenen Juli nur im Rahmen des Young-Plans behandeln und nicht zulassen, daß die Tribute den Privatschulden zum Opfer gebracht werden.

In gewissen Ländern habe man zu schnell erklärt, daß die Schulden und Reparationen beseitigt werden müssen. Angesichts der Haltung der Vereinigten Staaten würden die betreffenden Regierungen jetzt vermutlich weniger begierig sein, diese kühne Initiative aufrechtzuerhalten. In jedem Fall könnten die Vertreter Frankreichs einer derartigen Aussprache nicht zustimmen. Frankreich werde die Zerstörung des Young-Plans niemals zulassen.

*

Deutschland „einstweilen" zahlungsunfähig?

Die endlosen Baseler Verhandlungen.

Der Sonderausschuß hat die Verhandlungen fortgesetzt, was deswegen mit ganz besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wurde, weil sich das Gerücht von einer Vertagung der Konferenz verbreitete.

Im Laufe des Nachmittags wurde ein gewisser Fortschritt erzielt, der allerdings nur darin bestehen dürfte, daß man sich auf Grund der jüngsten französischen Ministerrede auf einer mehr und mehr allgemein gehaltenen Linie bewegen wird, wonach

angesichts der großen Wirtschaftskrise Deutschland einstweilen zahlungsunfähig ist.

Die Entscheidung, die aus diesem Befund zu ziehen ist, soll der kommenden Regierungskonferenz überlassen werden.

Von französischer Seite verlautet, daß der Sonderausschuß darauf verzichtet habe, die Frage der privaten Verschuldung im Bericht näher zu erörtern.

*

Zweijähriger Aufschub der geschützten Zahlungen?

Nach französischer Ansicht.

Die Pariser Abendpresse läßt sich aus Basel melden, daß der Young-Ausschuß den Regierungen empfehlen werde, Deutschland in bezug auf die geschützten Tributzahlungen im Betrage von 4250 Millionen Reichsmark einen zweijährigen Zahlungsaufschub zu gewähren. Was die ungeschützten Zahlungen im Betrage von 612 Millionen Reichsmark anbelange, so werde der Ausschuß vorschlagen, die Gesamtheit der Schuldenfragen auf der bevorstehenden Regierungskonferenz zu prüfen.

*

Die Einigungsformel.

Basel, 22. Dezember. Der Redaktionsausschuß des Sonderausschusses hat am Montag abend gegen 21 Uhr die eigentliche Abfassung der Schlußfolgerungen des Gutachtens unter dem Vorsitz des Präsidenten Beneduce begonnen und tagt um 1 Uhr nachts noch. Die Sachverständigen der einzelnen Abordnungen kommen und gehen. Texte werden geschrieben und wieder abgeändert. Kurz: Es geht mit allen Kräften dem Ende zu.

Die Einigungsformel, die gefunden wurde, ist die, daß auf besondere Empfehlungen und Anregungen verzichtet wird, daß in den Schlußfolgerungen weder die Frage der Reparationen noch der privaten Schulden mit bestimmten Hinweisen aufgeführt wird. Man wird betonen, daß der Ausschuß auf den Antrag Deutschlands, gemäß dem Youngplan eine genaue Prüfung der Gesamtheit der deutschen Verhältnisse vorgenommen hat, daß der Eindruck, den man von den besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands erhielt, ein überaus starker ist und deshalb die Regierungskonferenz auffordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Diese Einigungsformel, niemand zu liebe und niemand zu leide, wird von allen Vertretern unterzeichnet. Für Deutschland werden keine neuen Bindungen gefordert. Frankreich überläßt die Entscheidung über geschützte und ungeschützte Reparationen der Regierungskonferenz. England läßt die Frage der privaten Verschuldung nur nach allgemeinen Gesichtspunkten aufführen. In einer Einleitung zum Gutachten dürfte der Sonderausschuß dann noch einen Ueberblick über die Art und Bedeutung seiner Tätigkeit geben.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF